

14  
141/1



09.01.2013  
Herr Plümpe  
R 23551

Eingang 10. Jan. 2013

66 - Amt für  
Straßen und Verkehrstechnik

662 Frau  
Ruoff

66

10/1  
M 11/1

**Rahmenvertrag (Zeitvertrag) elektronisches Abfallnachweisverfahren  
hier: Bedarfsprüfung (RPA - Nr. 141/11/08/12)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 02.08.2012 hatten Sie mir das Ergebnis Ihrer Bedarfsprüfung über die Notwendigkeit für den Abschluss eines Rahmenvertrages mit voraussichtlichen Kosten i. H. v. 82.860,00 EUR netto zzgl. MwSt. = 98.603,40 € brutto übersandt.

In meiner Stellungnahme vom 13.08.2012 bat ich um Klärung einiger Fragestellungen und um Beteiligung von 112. Bezüglich der Details verweise ich auf meine damalige Stellungnahme.

Sie haben die Bedarfsprüfung überarbeitet und in Ihrem Schreiben vom 17.12.2012, hier eingegangen am 08.01.2013, die gewünschte Klärung herbeiführen können. Die benötigte Mitzeichnung von 112 liegt ebenfalls vor.

Aufgrund des Ergebnisses der Prüfung durch 112 beabsichtigten Sie die Leistung durch einen Zeitvertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr und einer Verlängerungsoption für ein weiteres Jahr losweise für die Ämter 66 und 69 auszuschreiben. Der Bedarf wird von Ihnen nunmehr pro Jahr wie folgt festgelegt:

- Los 01 Amt 66: 43.030,00 € netto zzgl. MwSt. = 51.205,70 € brutto
- Los 02 Amt 69: 25.705,00 € netto zzgl. MwSt. = 30.588,95 € brutto

Den von Ihnen geltend gemachten Bedarf erkenne ich einschließlich der vorgesehenen Verlängerungsoption mit einem Gesamtvolumen über 163.589,30 € brutto an.

Sollte in einem Jahr die Inanspruchnahme der Verlängerungsoption tatsächlich notwendig werden, so bitte ich um eine kurze Sachstandsmitteilung, ob das von 112 vorgegebene Ziel, die Aufgabe in spätestens zwei Jahren selbst übernehmen zu können (sofern die interne Wahrnehmung der Aufgaben wirtschaftlicher als eine externe Vergabe ist), erreicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen